



Kern: Unklarheit bei Gemeinschaftsschul-Oberstufen beenden

Zur Kritik des Berufsschullehrerverbands, des Realschullehrerverbands und des Philologenverbands an der Einrichtung gymnasialer Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern:**

„Die Kultusministerin sollte die Mahnungen der Verbände der Berufsschullehrer, der Realschullehrer und der Gymnasiallehrer ernst nehmen. Die Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen sind kostspielig und machen insbesondere den Beruflichen Gymnasien unnötig Konkurrenz. Diesen Standpunkt vertreten wir bereits seit dem Jahr 2014 und haben mehrfach im Landtag beantragt, auf die Einrichtung von Gemeinschaftsschul-Oberstufen zu verzichten und die dann frei werdenden Mittel den Beruflichen Gymnasien zukommen zu lassen. Leider hat die grün-schwarze Regierungsmehrheit diese Anträge allesamt abgelehnt. Dass Grüne und CDU in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich erklärt haben, dass bei der Berechnung der für eine gymnasiale Oberstufe vorgeschriebenen Mindestschülerzahl 60 auch die ‚zugangsberechtigten Schülerinnen und Schüler benachbarter Schulen berücksichtigt‘ werden sollen, sorgt zusätzlich für Verunsicherung vor Ort. Auch die Aussage, dass die Koalitionspartner davon ausgingen, dass ‚bis zum Ende dieser Legislaturperiode an nicht mehr als 10 Standorten Schülerinnen und an den Oberstufen der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden‘, trägt nicht eben zur Klarheit darüber bei, was die Koalition bei den Gemeinschaftsschul-Oberstufen tatsächlich plant. Die FDP-Fraktion fordert die Kultusministerin auf, diesen Zustand der Unklarheit zu beenden und zu verhindern, dass es bei der Berechnung der Mindestschülerzahl zu einer weiteren Bevorzugung der Gemeinschaftsschule gegenüber anderen Schularten kommt.“